

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at
www.atomgegner.at

Nummer 4 / Dez. 2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kuschen und zahlen für das Kapital!? Griechenland war erst der Anfang!

In Griechenland diktieren mehr denn je die EU-Chefs und der Internationale Währungsfond im Dienste des Kapitals. Die IWF Experten wünschen nun, „dass alle Tarifverträge im Land aufgehoben werden sollen. Der Mindestlohn von 540 Euro netto für Vollzeitjobs von Arbeitnehmern über Dreißig soll (...) nicht mehr gelten“.

Die Griechen kennen weder Arbeitslosengeld noch Sozialhilfe... „Während seit Januar 2010 alle zwei Monate die Löhne gekappt werden und somit viele bis zur Hälfte des Jahreseinkommens verloren, steigen sämtliche Preise übermäßig an. Bestes Beispiel ist der Staat selbst... Eine gesetzlich versicherte Griechin musste im November 2010 in einem staatlichen Krankenhaus der Stadt Ioannina 400 Euro Eigenanteil für eine normale Geburt zahlen. Ihre Cousine gebar erst im September 2011. Das kostete bei einer gleich ablaufenden Geburt und einem gleich langen Krankenhausaufenthalt bei gleicher Versicherungslage diesmal 800 Euro Eigenanteil“. („In der Falle der Zahlenkönige“, Telepolis 6.10.2011-www.heise.de)

Schuldenbremse – Profitrakete

P.Bofinger, Prof. für Volkswirtschaft und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und einer der 5 deutschen Wirtschaftsweisen, sagte zu Plänen der österreichischen Bundesregierung, eine Schuldenbremse zu installieren: „Die Schuldenbremse ist eine Gefahr für die

Zukunft“... „Vor drei Jahren haben Europas Staaten die Finanzmärkte, die Milliarden verbrannt haben, mit Steuergeld gerettet, nun lassen sie sich von den gleichen Akteuren vorführen“. Der Professor ist für eine Anhebung der Spitzensteuersätze und Vermögenssteuern. Falsch hingegen wäre eine höhere Mehrwertsteuer und Kürzungen der Sozialleistungen. Er tritt für Investitionen in die Bildung, die Energie- und Umwelttechnologie ein.

„Die Staaten stehen nicht wegen ausgeweiteter Sozialausgaben in Finanzierungsproblemen, sondern weil die Finanzkrise viel Geld gekostet hat.“ (alles P. Bofinger im Interview mit G. John, im Standard 19./20.11. 2011)

Ein Großteil der Verschuldung sind die Zinsen für die ausgeborgten Gelder der Staaten.

Profitrakete - Schuldenbremse

Die Verschuldung der EU- Staaten beträgt derzeit ca. 8000 Milliarden Euro, das entspricht ca. 50% des Gesamtjahresbruttoinlandsproduktes aller EU-Staaten., also dem gesamten Geld, das alle EU-Staaten im Jahr zur Verfügung haben. Doch das ist im Vergleich sehr wenig Geld! Denn „das offiziell an den Börsen weltweit gehandelte Volumen mit spekulativen Finanzderivaten betrug im ersten Halbjahr dieses Jahres 708.000 Milliarden Dollar“! (Wiener Zeitung 19.11/20.11), also pro Jahr ca. 1400.000 Milliarden Dollar. (Dazu kommen nochmals 40% bis 60% dieser Summe für nicht an den Börsen gehandelten Finanzderivaten!) Dieser

Vergleich zeigt erstens: Man könnte die gesamten Schulden der EU-Länder mühelos mit einem Schnitt streichen. Es gibt genug Geld, man müsste nur dem ca.1% der Milliardäre unter 1% ihres Vermögens nehmen. Und es zeigt sich zweitens: Das passiert nicht, das Finanzkapital, die sogenannten Finanzmärkte, die Investoren mit ihren Milliarden werden nicht zur Kasse gebeten, im Gegenteil, die Regierungen tanzen nach deren Pfeife, all ihre Maßnahmen, zuletzt der EU-Rettungsschirm und nun die sog. Schuldenbremse und Sparbudget dienen dazu, dass die Banken, die Aktionäre keine Verluste erleiden. Im Gegenteil, die Erweiterung des EU-Rettungsschirms (EFSF – siehe letzte Aussendung) heizt die Spekulation noch mehr an. Die sog. Risikoaufschläge für Staatsanleihen kann sich das Finanzkapital auch gerade deswegen erlauben, weil die Investoren damit rechnen können, dass die Euro Staaten ihre Notenbanken veranlassen, ihnen ihre Staatsanleihen wieder abzu kaufen. So werden die Reichen in der von ihnen verursachten Krise noch reicher und die Masse der Menschen wird noch mehr zur Kasse gebeten. So soll die von der Regierung geplante Schuldenbremse Einsparungen im Bereich Soziales, Bildung und Verkehr von ca. 9 Milliarden jährlich bis 2020 auf Kosten der Bevölkerung bringen.

Es wäre so einfach: Die Staatsfinanzierung müsste von den Finanzmärkten entkoppelt werden! Das Gegenteil passiert. Sie wird noch mehr von Ihnen abhängig gemacht. Ursache ist aber nicht die Blödeheit der Politiker sondern das Wirtschafts - und Finanzsystem dem sie willig entsprechen. Dazu gehört, dass ja z.B. 94% der 500 größten Unternehmen der Welt mit spekulativen Finanzprodukten handeln, kein Wunder, hier ist viel mehr Profit zu machen als in der sog. Realwirtschaft!

Auch und gerade sozialdemokratische Führer und die Grünen stimmen für die Milliarden Euros für die Profite der Banken und ihre Aktionäre und planen weitere Belastungen auf Kosten der Menschen, so treiben sie sie den „Rechten Volksverhetzern“ in die Arme.

Zum Thema Geld für die Banken: „Die letzte Bankenrettung 2008 hat die

Staatsschulden um 8 Milliarden Euro erhöht“ (AK-Chef H. Tumpel) Und Hannes Androsch: „Weitere vier Milliarden werden noch für die Rekapitalisierung der Banken aufgewendet“... Weiters brauchen die „Problembanken“ wie Kommunalkredit, ÖAVG und Hypo Alpe Adria weitere vier Milliarden.“ Finanzministerin Fekter: Allein die Hypo Alpe Adria wird die österreichischen Steuerzahler mehr kosten als Griechenland“(Presse 14.10. 2011). Da geht das große Geld hin. Bei den Metallern hingegen wurde um zehntel Prozente gefeilscht.

Der Staat dient den Banken, d.h. ihren Aktionären, als direkte Profitquelle:

Wenn die Staaten in Europa Geld benötigen um ihre Defizite im Staatshaushalt zu finanzieren, können sie nicht zu ihrer eigenen Zentralbank gehen. Sie verkaufen ihre Anleihen an private Banken, um ans Geld zu kommen. Die privaten Banken leihen sich das Geld von der Europäischen Zentralbank, derzeit um einen Zinssatz von 1,25% und verleihen es z.B. in Österreich um durchschnittlich 4,5% an den Staat weiter. (Verzinsung der österreichischen Staatsschuld 2010) Die ach so bedauerten hohen Staatsschulden sind die Profite der privaten Anlegerbanken. Sie sind nicht entstanden, weil die normalen arbeitenden Menschen über ihre Verhältnisse gelebt haben!

2009 betrug die Verzinsung für die österreichische Staatsschuld 6,718 Mrd. Euro, die gesamte Staatsschuld 168,715 Mrd. Euro. Hätte Österreich seine Anleihen direkt an die EZB bzw. Österreichische Zentralbank (ÖZB) verkauft, hätte man sich 4,6 Mrd. Euro der 6,718 Mrd. Euro erspart! Beim Budgetdefizit 2009 hätte man sich von den 9,6 Mrd. Euro ca. die Hälfte erspart, es wären 4,6 Mrd. Euro über geblieben. Denselben Banken, die mit unseren Steuergeldern in der letzten Krise aufgefangen wurden, ermöglicht der Staat, Milliarden Zusatzprofite auf unsere Kosten. Das Geld landet bei den Großaktionären, den Superreichen! Wieder ein Beispiel, wie die Staatsschulden durch die Spekulation der schwerreichen Investoren herbeigeführt wurden. Nun verdienen sie wiederum an deren Rückzahlung. Wir zahlen dann das Defizit! Seit ca. 3 Jahren treiben die internationalen Finanzspekulanten die Zinsen für Staatsanleihen

in ganz Europa in unfinanzierbare Höhen. Die Budgetdefizite der Staaten sind vor allem seit 2008 immer weiter gestiegen.

Österreich

Auch Österreich gerät nun mehr ins Visier der Finanzspekulanten. Die Zinsen für neue Staatsanleihen stiegen im November auf den Höchststand von 3,6%. Soviel muss die Regierung zahlen wenn sie sich neues Geld auf den Kapitalmärkten holt. 2012 zahlt der Bund für seine ca. 200 Milliarden Euro Schulden ca. 9 Milliarden Euro Zinsen, zu 97 % ist Österreich dabei im Ausland bei Finanzmilliardären und Banken verschuldet!

Österreichs sinkende Kreditwürdigkeit bei den Spekulanten hat unter anderem mit dem riesigem Umfang der Kredite, die die größten österreichischen Banken in Osteuropa vergeben haben, zu tun bzw. damit, dass diese Banken nun Gefahr laufen, dass die Kreditnehmer ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können.

Die größten österreichischen Banken haben nach offizieller Statistik Kredite in der Höhe von mehr als 60% des eigenen Bruttonationalprodukts (BIP) in Osteuropa verliehen.

Die Bank - Austria (BA-CA) wird noch gar nicht mitgerechnet, weil deren Mutterkonzern zu Italien gezählt wird. Zählt man sie doch dazu und zwar mit dem plausiblen Argument, dass nicht Italien sondern der Staat Österreich wohl auch im Falle des Falles die BA-CA auffangen würde, so kommt man auf Außenstände von ca. 300 Milliarden Euro, das ist ca. die Größe von 100% des österreichischen BIPs. (2010 war das BIP bei uns ca. 295 Milliarden Euro) Österreichs Banken haben Fremdwährungskredite in Euro und Franken in Osteuropa verliehen. Die Schuldenkrise hat nun noch verstärkt auf Osteuropa übergegriffen.

Rumänien, Bulgarien, Georgien, Albanien gelten als sehr riskant, weil bei einer Abwertung der lokalen Währung unzählige Haushalte in die Schuldenfalle tappen. In Slowenien, der Slowakei und in Ungarn steigen die Zinsen. Ungarn steht laut Presse vor der Staatspleite: Die Abwertung des Forints treibt immer mehr Schuldner in die Pleite weil sie ihre Kredite

in Euro oder Franken nicht mehr zurückzahlen können! Schon 2009 waren die österreichischen Banken in Osteuropa mit Kreditausfällen von netto 42 Milliarden Euro konfrontiert. Die Rating - Agenturen nehmen an, dass bei Kreditausfällen der Staat, wie bis jetzt, für die Banken, d.h. ihre Aktionäre und deren Profite einspringt. Es ist stark zu befürchten, dass genau das passieren wird.

Österreichs 5 größte Banken hatten 2010 eine Bilanzsumme von insgesamt ca. 680 Milliarden Euro und haben wie erwähnt im Osten schon ca. 300 Milliarden verborgt. Geht dieses Geld verloren, wäre das für die Bevölkerung noch nicht so schlimm. Vielleicht gingen Bankenpleite oder die eine oder andere würde verstaatlicht werden. Schlimm wird es erst und darauf setzt das Finanzkapital und seine Rating - Agenturen dass die Politiker uns, den Steuerzahler das alles wieder zahlen lassen werden. Gerade darauf wird ja spekuliert, eine sichere Wette also. Dann ist Österreich über 100% verschuldet, man könnte sagen bankrott, denn die Schulden sind dann bis zu 300 Milliarden Euro, so hoch wie unser BIP.

Bezahlt wird nicht!

Letztlich gibt es nur eine Alternative! Den Superreichen, den Banken wird nichts mehr aus Steuergeldern bezahlt. Es braucht einen

Schuldenschnitt! Und besser es gehen einige Banken pleite, d.h. Investoren verlieren Geld als die Millionen Menschen in Europa zahlen deren „Wirtschaft“ mit Krise, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Unterdrückung und Krieg. Bankfachleute übernehmen im Auftrag des Kapitals direkt die Jobs als Regierungschefs. Das Unternehmerblatt „die Presse“ schreibt schon ganz offen: „Die Wirtschaft muss diktieren“. Wir sollen kuschen und zahlen. Die Demokratie ist schon im Weg!

Doch der Ausweg für uns kann nur sein: Stoppen wir die Finanzierung der Milliardengewinne des Kapitals durch unsere Steuern! Das ist keine Enteignung sondern rechtmäßige Wiederaneignung aller Werte, die wir ja durch unsere Arbeit schaffen und die uns über die Jahre vorenthalten wurden!

Zum Leben zuwenig, zum Sterben zuviel!

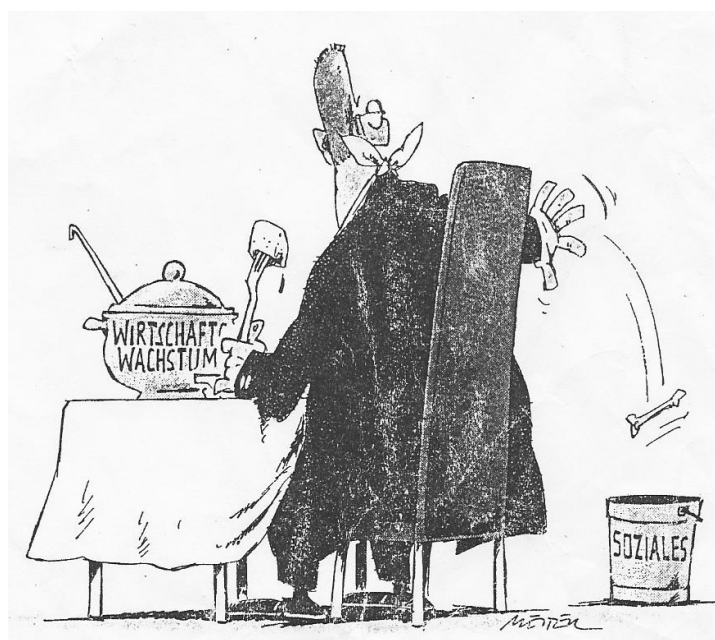
Wer von uns kann von knapp 460 Euro monatlich leben? Dieser Betrag kennzeichnet die Armutsschwelle in Österreich. 310.000 Menschen in unserem Land leben unter dieser Schwelle, gelten als arm. Ein Drittel davon sind Kinder, deren Eltern arbeitslos und/oder zugewandert sind oder nur Jobs haben, von denen sie nicht leben können. 32 Prozent der Armen leben in überbelegten Wohnungen mit undichtem Dach, feuchten Wänden und Fäulnis in den Räumen. Sie können ihre Unterkünfte nicht oder nur sehr selten heizen, haben Rückstände bei Miete und Betriebskosten. Etwa 100.000 Menschen sind nicht sozialversichert, Arme sind doppelt so oft krank wie Nicht-Arme. Aus Angst, Scham oder wegen amtlicher Schikanen verzichtet jede/r zweite Anspruchsberechtigte auf Sozialhilfe. Sie schämen sich unter anderem deswegen, weil sie als Sozialschmarotzer gelten. Die Kolumnistin einer großen österreichischen Zeitung fragt ironisch, ob es wohl ein Beispiel für ein gut funktionierendes Gemeinwesen sei, wenn die Zahl der Mindestsicherungs-Bezieher besonders hoch ist – oder ob das ein Alarmsignal dafür sei, dass sich zu viele Leute auf staatliche Alimentationen verlassen, statt einen Job zu suchen. Die Dame hat vermutlich sicher noch nicht Dutzende

Bewerbungen schreiben und Wochen oder Monate auf Antwort warten müssen, noch dazu bekommt die Hälfte der Bewerber überhaupt keine Antwort. Ein entehrender Vorgang! Immer wieder werden Lippenbekenntnisse zur Beseitigung der Armut abgelegt. Ein solches war unter anderen das Versprechen, dass durch die Liberalisierung des Welthandels seit Anfang der 1990er Jahre alle profitieren würden. Den Profit machen aber nur einige wenige Kapitalisten, die den arbeitenden Menschen den gerechten Lohn vorenthalten und sie mit minimalem Einkommen abspesen. Auch in Österreich ist die Wirtschaft im vergangenen Jahr wieder gewachsen, die Einkommen sind gesunken.

Die Forderungen der Arbeiterkammer: Bekämpfung der Armut, Erhöhung der Mindestlöhne, Verminderung der Teilzeitquote, steuerliche Entlastung der unteren Einkommenschichten, Investitionen in die Ausbildung junger Menschen, Angleichung der Löhne an die steigende Produktivität der Firmen.

Es ist genug für alle da – bloß die Verteilung ist ungerecht!

Quellen: Evangelische Nachrichten 5/2011, KURIER



Reiche Ernte neben leeren Mägen – Landraub in großem Stil

Europäische Staaten kaufen Land in Afrika und Asien vor allem für Biosprit-erzeugung; Hedgefonds und Konzerne kaufen Land, um damit zu spekulieren. Wohlhabende, bevölkerungsreiche Staaten wie die Golfstaaten, China, Indien und Südkorea pachten oder kaufen Land in Äthiopien Kenia, Uganda, aber auch in Asien zur Nahrungsmittelproduktion. Zum Handkuss kommen wieder jene Menschen, die sowieso nichts haben und ohnehin schon auf der untersten Stufe der Lebensmöglichkeiten stehen.

Beispiel: Äthiopien war im Sommer von einer großen Hungersnot betroffen – selbst im Omo-Tal im Südosten, das sehr wasserreich ist und wo sich die Menschen bisher selbst versorgen konnten sind die Menschen bedroht, weil die äthiopische Regierung aus Finanzgründen bis 2013 drei Millionen Hektar an ausländische Investoren verpachtete. Diese produzieren dann Reis, Kaffee, Blumen und Palmöl für Biosprit für den Export! Oft gelten die Pachtverträge aber 50 bis 99 Jahre und betreffen daher auch die nachfolgenden Generationen.

Hedgefonds haben sich in Afrika 2009 60 Millionen Hektar Land gesichert – das entspricht der Gesamtfläche Frankreichs. Millionen von Bauern wurden vertrieben. „Die Finanzfirmen, die uns die weltweite Krise bescherten, weil sie die Immobilienblase durch riskante Manöver aufblähten, machen nun dasselbe mit der Nahrungsmittelversorgung der Welt!“ „Manchmal reicht eine Flasche Jonny Walker und ein armer Stammesältester übergibt Land!“ (Oakland Institute). Das Hauptziel des „Land grabbing“ ist letztlich die Herrschaft über die Ernährung. Investitionen in den Agrarmarkt sind ein Hit der Stunde. Die großen Banken, die Hedgefonds-Manager, die Vertreter des Finanzkapitals preisen sie als die profitabelsten und zukunfts-trächtigsten Investitionen an. Während aber die einen lukrative Geschäfte mit Nahrungsmitteln machen, hungern die anderen, weil sie sich aufgrund der gestiegenen Preise die einfachsten Dinge des täglichen Lebens nicht mehr leisten

können. Der Handel mit Optionsscheinen auf Agrarrohstoffe florierte in letzter Zeit ziemlich gut und heizte damit die Preissteigerungen für Nahrungsmittel an. Die von Goldman-Sachs entwickelte Spekulationsform für Nahrungsmittel entwickelte sich aber so, dass bei Weizen z.B. schließlich bloß 5% mit realen Weizengeschäften zu tun hatten, 95% aber sogenannte „future“ Kontrakte waren, die bloß versprochen, Weizen zu kaufen. Dieses Spekulationssystem schuf eine künstliche Nachfrage nach Weizen mit der Folge, dass die Zertifikate schließlich mehr wert waren als der Weizen selber, was letztlich wiederum die Lebensmittelpreise in die Höhe treibt. Die Agrogiganten machen dreistellige Milliardenumsätze, ähnlich wie die Ölfirmen. Wenige Privatfirmen bestimmen den Weg der Nahrung vom Feld bis auf den Teller. In der Praxis sieht das z.B. so aus: Branchenführer Cargill produziert Phosphatdünger in Tampa, Florida. Damit werden in den USA und in Argentinien die Felder gedüngt, auf denen Sojabohnen wachsen. Diese werden, wieder von Cargill, zu Mehl und Öl verarbeitet. Firmeneigene Schiffe bringen das Mehl nach Thailand, wo Hühner gefüttert werden. Mitarbeiter von Cargill schlachten die Hühner, kochen und verpacken sie und versenden sie an Supermärkte in Japan und Europa. Die totale Nahrungsmittel-Ketten-Kontrolle! Cargill hat 160.000 Mitarbeiter in 1.100 Niederlassungen in 67 Ländern und einen Jahresumsatz von 120 Milliarden Dollar. Das indische Unternehmen Katuru betreibt unter anderem Blumenfarmen in Kenia und ist mit einer Produktionsleistung von 555 Millionen Rosen im Jahr einer der Großen in der Branche. „Wir haben in Äthiopien mit dem landwirtschaftlichen Anbau im Mega-Ausmaß begonnen, um ein Schlüsselspieler auf dem Markt der globalen Agro-Produkte zu werden“ (Internetseite von Katuru). Weltbank, Internationaler Währungsfonds und Welt-handelsorganisation sind die treibenden Kräfte hinter den Agrarmachtblöcken. Die Versprechen der Investoren für Straßen,

Schulen und Infrastruktur zu sorgen, haben sich nicht erfüllt. Die Hungrigen stehen nach wie vor Schlange vor den LKWs und Schaltern der internationalen Hilfsorganisationen. Alle 5 Sekunden stirbt ein Kind an Hunger oder seinen Folgen, Die Weltwirtschaft könnte aber problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren. Die oben in kurzer Form beschriebene Agro-

Politik ist ein Teil jener Faktoren innerhalb des kapitalistischen Systems, das jeden Tag 37.000 Menschen tötet.

Kein neuer Kolonialismus! Freiheit, Lebenswürde und Selbstbestimmung für die Völker!

Quelle: KURIER

„Wir müssen alle Opfer bringen?“

Die Reichen zahlen kaum Steuer, die Masse der Lohnabhängigen wird ausgeplündert und finanziert mit ihren Steuern den Staat!

Die Reichsten 10% in Österreich haben ca. 800 Milliarden an Geld, Vermögen, Grund und Boden. Bei 1% Beitrag wäre das Budget-Einsparungsziel von 9 Milliarden fast erreicht! (AK-Chef H. Tumpel im Kurier 28.11.2011)

Von 1995 bis 2008 zahlten z.B. die österreichische Banken in den insgesamt 14 Jahren ca. 4,4 Milliarden Euro Steuern. Gleichzeitig machten sie in dieser Zeit Gewinne von insgesamt ca. 36 Milliarden Euro! Das heißt, die Banken bei uns zahlen nur ca. 12% Steuern! (Die Steuerquote der Raiffeisenbankgruppe soll im Übrigen 2008 gar nur bei 1,9% Prozent gelegen sein.) Im Gegensatz dazu zahlen steuerpflichtige unselbstständig Erwerbstätige bei uns zwischen 38% und 43% Steuern, also mindestens das Dreifache von dem was die Banken zahlen. Und 80% aller Steuereinnahmen in Österreich sind Massensteuern wie Lohnsteuer und Mehrwertsteuer, d.h. wir zahlen direkt 80% der gesamten Staatsausgaben.

Ungarns Rechtsentwicklung zum autoritären Staat im Dienste der Unternehmer!

Die in Ungarn herrschende Fidesz-Partei von Premier V. Orban hat im Juli im Parlament mit 2/3 Mehrheit „ein Gesetz beschlossen, das Arbeitslose zu Arbeitsdiensten zwingt. Sollten die Betroffenen dies ablehnen, haben sie kein Anrecht mehr auf Sozialleistungen.“ ...Das ist „eine neue Runde brutaler Angriffe auf die ungarische Bevölkerung, die von einem weiteren Ausbau autoritärer Staatsstrukturen begleitet werden.“ (Zitate aus: Ungarn: Regierung beschließt Zwangsarbeit für Arbeitslose von M.Salzman 20. Juli 2011 in World Socialist Web Site) „Mit diesem Vorhaben will Orban jährlich rund 225 Millionen Euro einsparen.“ Vor allem aber soll so auch eine „massive Absenkung des landesweiten Lohnniveaus herbeigeführt werden.“ ...

All das zur Freude der Unternehmer. „Die Vergütung für die Zwangsarbeiter orientiert sich am Sozialhilfesatz von 28.500 Forint (110 Euro) im Monat und beträgt damit nicht einmal die Hälfte des geltenden Mindestlohns von monatlich 78.000 Forint.“ ...„Die Entlassung tausender öffentlich Beschäftigten in den letzten Jahren hat zu personellen Engpässen in einigen Bereichen geführt. So können die Zwangsarbeiter nun bei staatlichen Großprojekten, Infrastrukturvorhaben und in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen, ebenso nannten die ungarische Medien als Beispiele für diese „gemeinnützigen Arbeit“ die Errichtung von Fußballstadien, die Instandhaltung der Kanalisation und das Aufschütten von Dämmen. Bislang kommen rund 400.000

Ungarn für die Maßnahme in Frage. In einem Interview machte Orban kürzlich klar, dass diese Zwangsarbeit seiner Ansicht nach dringend geboten sei. Aufzuschüttende Dämme etwa würden künftig „nicht mit der Technologie des 21. Jahrhunderts gebaut (...), sondern mit der Hand. Arbeitslose können demnach sowohl für staatliche Vorhaben eingesetzt, als auch an Privatunternehmen ‘verliehen’ werden“... „Um die Anzahl der potentiellen Zwangsarbeiter zu erhöhen, wird die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 270 Tagen auf bis zu 180 Tage gesenkt. Wie das Gesundheitsministerium verlautbarte, werden auch die Akten von rund 220.000 Invalidenrentnern geöffnet. Sie müssen sich auf eine neuerliche Überprüfung ihres Gesundheitszustandes und auf die Aberkennung ihres Invaliditätsstatus einstellen, was bedeuten würde, dass sie ebenfalls zur Zwangsarbeit herangezogen werden können.“... Im Gesetzesentwurf sind noch weitere Vergünstigungen für die Wirtschaft vorgesehen, die „den Unternehmern mehr Ellenbogenfreiheit“ verschaffen sollen, wie das Wall Street Journal lobend erklärte. „Ebenfalls drastisch verschärft wurden die so genannten Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose. Sollte der Fahrweg von der Einsatzstelle zum Wohnort für die Betroffenen zwei Stunden überschreiten, werden sie in Baracken vor Ort untergebracht“. Es heißt,... „von den Maßnahmen wird hauptsächlich die Minderheit der ungarischen Roma betroffen sein, die fast 8 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Wegen ständiger Diskriminierung herrscht unter den Roma derzeit eine Arbeitslosenquote von mehr als 50 Prozent, in vielen Gegenden sogar bis zu 80 Prozent“... So wie es aussieht, ist das Gesetz jedoch ein Angriff auf alle arbeitenden Menschen Ungarn. „Gruppen von Zwangsarbeitern sollen nach dem Willen der Regierung von pensionierten Polizisten überwacht werden. Tausende von pensionierten Polizisten kommen mit ihrer Rente kaum über die Runden und sind mehr oder minder gezwungen, eine solche Arbeit anzunehmen“. Ungarns Herrschende schaffen ideale Bedingungen fürs Kapital, vieles erinnert ans Dritte Reich. In der NS Zeit gab es schon die Zwangsarbeit in Arbeitshäusern, die

Nichterfüllung der Arbeitspflicht führte zur Einweisung ins Arbeitshaus.

Kaum etwas von dem bisher Gesagten wird in unseren Medien erwähnt. Das ist wohl kein Zufall, wünschen sich ja auch bei uns ein Teil der Industriellen und ihre Vertreter in den Parteien, besonders in der ÖVP und der sich als sozial hinstellenden FPÖ, eine Entwicklung zu „ungarischen Verhältnissen“. Was in unseren Medien erwähnt wird, sind die Verschärfungen in den ungarischen Medien bzw. in der Politik. Dazu hieß es auch im ORF 2 Weltjournal (16.11. 2011) u.a., „Victor Orban macht der Demokratie den Garau“ „Beamte müssen regierungstreu sein, sonst verlieren sie ihren Posten“. Die Medien erhalten einen massiven Maulkorb! Der Autor Salzmann dazu weiter: „Mitte Juli wurde auch das ungarische Mediengesetz verschärft. Private TV- und Radiosender geraten dadurch noch stärker unter Druck. So dürfen sie sich nicht mehr um Sendefrequenzen bewerben, wenn sie Schulden bei der Medienbehörde NMHH haben. Bei diesen Schulden kann es sich um Gebühren oder Bußgelder handeln. Bußgelder kann die NMHH nach dem bereits Ende Dezember 2010 beschlossenen Gesetz auch für nicht regierungskonforme redaktionelle Inhalte verhängen. Darüber hinaus darf die NMHH nach einer neuen Regelung jährlich neu entscheiden, welche staatlichen TV- und Radiosender weiter betrieben werden. Die Nachrichtenproduktion der staatlichen Sender MTV und Duna-TV, des Rundfunks sowie der Nachrichtenagentur MTI sind schon im vorigen Jahr unter die Fuchtel eines „Nachrichtenzentrums“ gestellt worden. Diese Maßnahmen richten sich zweifelsohne gegen die zu erwartenden Proteste gegen die Angriffe der Fidesz-Regierung“.

Österreich

Auch in Österreich verschärft sich die Gangart gegenüber den arbeitenden Menschen.

Schon 2008 wurden z.B. wesentlich strengere Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose eingeführt, z.B. beim Anfahrtsweg: Der zumutbare Weg von

bisher 2 Stunden bei Vollerwerbstätigkeit wurde auf unendlich ausgedehnt, auch bei Teilarbeitszeit. Auch der Kollektivvertrag wurde für Arbeitslose außer Kraft gesetzt. (§7 des neuen Arbeitslosenversicherungs-gesetzes). Auch die Zwangsvermittlung bei befristeten Transitarbeitsplätzen gilt ab 2008 als zumutbar in den so genannten „sozialökonomischen Betrieben“ und „gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten“. Diese Einrichtungen sind dem Kreis der „Geschützten Werkstätten“ zuzurechnen. Sachwalterschaftliche Vor-

kehrungen und Zwang zur Verfügbarkeit der Arbeitslose wurden Gesetz, bei nicht Erfüllung werden Arbeitslose mit Bezugssperren bedroht beziehungsweise es werden präventiv Bezugssperren in immer rascherer Abfolge verhängt. Statt die Arbeitslosen in den Arbeitsprozess bringen und zumindest Kollektivvertrag zu bezahlen, werden sie unter dem Titel von AMS-Maßnahmen zu billigen Arbeitskräften degradiert, die immer rechtloser werden

Besuch bei einem Teenager in Saigon

Tuyen Than Ho, 16 Jahre alt, ist eines von 150.000 missgebildeten Kindern und Jugendlichen in Vietnam. Tuyen muss Windeln tragen, kann sich selber nicht aufrichten, Arme und Beine sind verkümmert, sie bringt nur schnarrende Laute hervor. In manchen Familien sind mehrere Kinder mit grässlichen Missbildungen zur Welt gekommen. Das Schicksal dieser Kinder entschied sich lange vor ihrer Geburt. Genauer gesagt, am 11. August 1961. An diesem Tag begannen US-amerikanische Flugzeuge das Pflanzengift AGENT ORANGE zu versprühen, um die Dschungelpfade ihrer Gegner zu entlauben. Das darin enthaltene Dioxin von der Sorte TCDD ist so todbringend, dass 80 Gramm davon im Trinkwasser von New York die gesamte Stadtbevölkerung dahinraffen würde. In dem über Vietnam versprühten Wirkstoff wurden nach Angaben des Pentagon zwischen 1961 und 1971 etwa 170 Kilogramm Dioxin TCDD verwendet. Bis zu 4,8 Millionen Vietnamesen traf die Besprühung mehr oder weniger direkt, am schlimmsten in der Provinz Dong Nai. Dort starteten die US-Piloten von einem Stützpunkt nahe der Stadt Bien Hoa. Aus Bien Hoa kam Tuyens Vater, Reisbauer wie seine Frau. Nach der Geburt der kranken Tochter setzte er sich ab. Die Mutter verkauft heute Lotterielose in Saigon. An guten Tagen verdient sie umgerechnet drei Euro, meistens nur die Hälfte. Tuyen muss sie mitnehmen, nicht nur, um Mitleid zu erregen, sondern weil

Tuyen gefüttert werden muss. Für eine Schüssel breiartige Nahrung braucht sie eine Stunde. Die meisten Opfer der zweiten Generation wachsen wie Tuyen auf: Zu Hause, ohne fachgerechte Betreuung, ohne Medikamente. Zwar stellt der immer noch arme Staat Vietnam jährlich 44 Millionen Dollar bereit - für Tuyen gab es lange 10 Dollar Unterstützung, später 20 - Aber seit sie 16 ist, darf sie nicht mehr ins kostenlose Kinderkrankenhaus. Im Hospital muss ihre Mutter die Hälfte aller Behandlungskosten selber bezahlen. Tuyens Mutter beklagt sich nicht, sie wusste auch gar nicht, dass der Opferverband Vietnams eine Klage gegen Dow Chemical, Monsanto und andere verantwortliche Chemiefirmen in den USA angestrengt hatte. Die Klage wurde in allen US-Instanzen abgelehnt. Begründung: AGENT ORANGE wurde einzig und allein zur Entlaubung eingesetzt – sprich: selber schuld, wenn du zur falschen Zeit am falschen Ort bist! Dabei waren die tödlichen Gefahren für die Menschen den Herstellern bekannt gewesen. Nach schweren Arbeitsunfällen bei Dow und Monsanto schon vor dem Vietnamkrieg hatten die Firmen sich gegenseitig gewarnt. Der einzelne Mensch ist vor der großen Politik nichts wert und wird in seinem Leid allein gelassen. Lange, nachdem Tuyen wahrscheinlich schon tot sein wird, wird AGENT ORANGE noch Krüppel schaffen. Das Dioxin mit einer Halbwertszeit von 100 Jahren wird aus den vergifteten Böden

und Gewässern Vietnams über Muttermilch und Nahrungsmittel noch lange seine Opfer unter den bald 100 Millionen Vietnamesen finden. Opfer im Namen einer von den USA definierten Freiheit, in der nieder gebombt und vergiftet wird. Um die Folgen schert sich keiner der Mächtigen. Damals im Vietnamkrieg fast zwei Millionen Tote – dann Mord auf

Raten über Generationen! Und heute: Irak, Afghanistan, Libyen, ... ein Angriff auf den Iran scheint nicht fern?! Der Imperialismus hat immer schon Tod und Schrecken verbreitet.

Treten wir gegen jede Aggressionspolitik entschieden auf!

Quelle: DIE ZEIT

AKW's in Indien Frag doch den Inder?

Mit allen Mitteln versucht die indische Regierung den Bau des weltweit größten AKWs in Jaitapur im Bundesstaat Maharashtra durchzusetzen. Um den Aufstieg zur wirtschaftlichen Großmacht sicher zu stellen, setzt Indien in der Energieversorgung trotz Tschernobyl und Fukushima weiter ungebremst auf Atomenergie. Derzeit laufen bereits 20 Reaktoren, die eine Leistung von fünf Gigawatt erbringen. Geplant ist jedoch eine Kapazität von 64 Gigawatt bis zum Jahr 2023 – das 13 fache von heute. In Jaitapur sind sechs Druckwasserbehälter geplant - mit einer Leistung von je 1650 Megawatt – die ersten beiden sollen bereits bis 2018 in Betrieb gehen. Das Projekt stößt auf breiteste Ablehnung in der Bevölkerung – 95% der Betroffenen lehnen die Entschädigungsangebote der Regierung ab, obwohl diese das erste Angebot auf das Siebenfache erhöht hat und jetzt 40.000 Euro pro Hektar bietet. Für indische Verhältnisse eine riesige Summe!

Der Widerstand hat schwerwiegende Gründe:

Der Standort Jaitapur liegt in einem Erdbebengebiet der Kategorie IV, in dem sich Beben bis zur Stärke sieben ereignen können. 1993 starben in dem Gebiet bei einem Beben der Stärke 6,3 9.000 Menschen.

Die Region um Jaitapur ist ein Biodiversitätszentrum erster Güte mit der größten einheimischen Pflanzenvielfalt

Indiens. Sie soll der Nachwelt erhalten bleiben.

Täglich würden bei vollem Betrieb 52 Millionen Kubikmeter erwärmtes Kühlwasser in den Indischen Ozean zurück fließen, was das bereits angeschlagene Ökosystem wahrscheinlich zum Kippen brächte. Eine Erwärmung des Wassers um nur einen halben Grad könnte ein großes Fischsterben nach sich ziehen und würde damit der Bevölkerung eine wichtige Erwerbs- und Nahrungsgrundlage entziehen.

40.000 Menschen – vor allem Bauernfamilien – müssten umgesiedelt werden und blickten einer ungewissen Zukunft entgegen.

Sicherheitsbehörden westlicher Länder nennen für den in Jaitapur verwendeten Reaktortyp 3.000 Punkte, die ein Sicherheitsrisiko darstellen und befürchten schon bei Normalbetrieb radioaktive Emissionen.

Offen ist auch die Entsorgung des radioaktiven Mülls. Er gefährdet die Menschen in Maharashtra über Jahrhunderte hinweg.

Und schließlich ist die Bevölkerung der Überzeugung, dass das ganze Projekt nichts mit ihren Bedürfnissen zu tun hat. Sie braucht es eigentlich überhaupt nicht.

Wir wünschen den Menschen in Jaitapur Energie und Durchsetzungskraft!

Quelle: Wir Kapuziner Oktober 2011

Moderne Zeiten



AKW – Atommüll – Widerstand

Ende November wurde wieder Atommüll in Castor-Transporten von Frankreich nach Deutschland gebracht. 19 000 Polizisten sind im Einsatz und gehen massiv gegen den Widerstand vor. Statt die Bevölkerung vor den Atomgefahren zu schützen, geht (auch) die deutsche Polizei, trotz Fukushima als Helfer der Atom-Mafia, gegen die Menschen aus allen Schichten, die gegen die Atomkraft sind, mit Gewalt vor. Fernsehbilder darüber erinnern an Szenen in der Dritten Welt, wenn die Reichen gegen die Habenichtse vorgehen.

Der Widerstand gegen die Atommafia ist so groß, wie schon lange nicht. Noch nie konnte der Castor-Transport so lange aufgehalten werden – die Fahrt der Atommüll-Behälter nach Gorleben dauerte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Beitrages (28.11.11) schon länger als 92 Stunden. Ziel der Atommüll-Container ist das Zwischenlager im norddeutschen Gorleben. Dort dürften sie eigentlich nicht hin, denn das Lager ist nicht für die Aufnahme weiterer 120 Tonnen Atommüll geeignet: Bereits im August wurden erhöhte Strahlenwerte am Zaun um das Areal gemessen, per Ende des Jahres ist mit der Überschreitung des offiziell sowieso schon hoch angesetzten Strahlen-Jahresgrenzwerts zu rechnen. Das macht die Sache sogar nach gängiger Rechtsprechung illegal. Aber das kümmert die Atommafia nicht. Sie „löst“ das Problem einfach

durch eine Umgruppierung der Atommüll-Container.

Das in den abgebrannten Brennelementen enthaltene Plutonium, das in den Behältern in Glas eingeschmolzen wurde, ist noch für 240.000 Jahre radioaktiv! Das Salzbergwerk in Gorleben, dessen Eignung als endgültiges Lager für Atommüll immer noch erkundet werden soll, hat Kontakt mit wasserführenden Schichten. Das weiß man seit 30 Jahren. Und die seinerzeitigen „Gutachten“ waren getürkt. Durch Wasserkontakt aber verrosteten die Behälter, durch Druck bricht das umschließende Glas und das Plutonium wird in die Umwelt (Wasser, Luft) freigesetzt. Bereits ein Millionstel Gramm Plutonium verursacht bei Menschen mit Sicherheit Krebs. Das hindert die Atommafia nicht, an ihren tödlichen Profiten festzuhalten.

Die Atommülltransporte zeigen, was uns die Atommafia für zig Generationen aufhalst. Sie zeigen, dass auch der seit Fukushima in Deutschland aus Wahltaktik im Mund geführte „Atomausstieg“ ein Schmäh ist. In Wirklichkeit müssen – und können – alle AKW abgeschaltet werden. Nicht das Abschalten der AKW bringt uns den Notstand, sondern der Weiterbetrieb und die immer höher werdende Unfallgefahr – wie zuletzt in Fukushima sichtbar. Daher der hartnäckige Widerstand, der voll und ganz berechtigt ist.

Und in Österreich?

Da wird von der Regierungsspitze abwärts – und dankbar aufgegriffen von Greenpeace oder Global – so getan, als würde man etwas gegen die tödliche Atomlobby unternehmen. Neuerster gefährlicher Schmah nach dem schon seit 20 Jahren propagierten „Schließen der AKWs von Bohunice, Mochovce, Temelin“ usw.: Atomstromimport-Stopp. Niemand wird dagegen wirklich etwas haben können. Aber dadurch alleine wird die Atomlobby nicht in die Schranken gewiesen. Was Österreich längst tun kann, ist: aus den Atomstrom- und Atomrüstungsagenturen EURATOM und Internationale Atomenergieagentur (IAEA) sowie der Internationale Energieagentur (IEA) – den Lobbyorganisationen der Atom-, Strom- sowie der Ölmultis auszutreten, keinen Cent mehr dafür und für die Atomförderprogramme der EU-Entwicklungsbank (EBRD) zu zahlen. Wir würden uns nicht nur hunderte Millionen Euro im Jahr ersparen – Geld das ja angeblich nicht da sei für Soziales, Bildung, Gesundheit – sondern, auch glaubhaft sein.

20 Jahre erfolgreicher Atommüllwiderstand in Österreich

Unsere Herrschaften reden zwar vom Atomstromimport-Stopp – in Wirklichkeit aber dulden sie eben Euratom und IAEA, letztere hat im NÖ-Seibersdorf ihre Laboratorien auf Steuerzahlerkosten. Dort haben sich auch die Atommüll-Lobbyisten vorerst zurückgezogen, nachdem vor 20 Jahren in einem breit angelegten Widerstand quer durch's Land ein Atommülllager in Österreich verhindert werden konnte. Die damals für die Lagerung in engerer Wahl gestandenen 16 Standorte schlossen sich unter der „Bürgerinitiative gegen Atommüll“ (BIGA) erfolgreich zusammen. Tausende Menschen setzen sich in der „heißen Phase“ über zwei Jahre hindurch in verschiedenster Form, an verschiedensten Orten zur Wehr. Einer der Höhepunkte war die Menschenkette über den Bosruck zwischen Oberösterreich und der Steiermark, in dem ein Atommülllager geplant war. An dieser Menschenkette nahmen 7.000 Menschen teil.

Damals war der Vorwand der Atomlobby, dass Österreich wegen des niedrigradioaktiven Spitalmülls ein Hochsicherheitslager benötigen würde. Nachdem die Mächtigen bei der Bevölkerung damit nicht durchgekommen sind, war dann alles doch nicht so gefährlich und dringlich wie zuerst behauptet – und man lagerte den niedrigradioaktiven Spitalmüll bis dato eben in Seibersdorf. Angeblich gab es damals einen 20-jährigen Vertrag dafür, der dieses Jahr auslaufen würde. Man kann also annehmen, dass die Atomlobby neuerliche Versuche startet. Das doppelt Gefährliche daran: Hat ein EU-Land einmal ein Atommülllager für hochradioaktiven Müll, dann verpflichtet es sich lt. EU-Vertrag auch Atommüll aus anderen Ländern gegebenenfalls zu übernehmen. Das heißt, Österreich, in dem die Menschen die Atomenergie abgelehnt haben, bekäme über die Hintertür die Atomgefahren geliefert. Mit unabsehbaren Folgen, wie man gerade im deutschen Gorleben sieht: Es gibt kein sicheres Atommülllager auf der Welt!

Was können wir tun?

Damit die Atomlobby und ihre Handlanger in der Politik erst gar nicht auf den Gedanken kommen, uns über die Hintertüre Atomgefahren aufzubürden, müssen die Verantwortlichen endlich die Konsequenzen aus der Ablehnung der Atomkraft durch die Bevölkerung ziehen. Das heißt eben Austritt zumindest aus Euratom und IAEA, Schließung der IAEA-Laboratorien in Seibersdorf. Was tun, wenn die Regierung dies nicht macht? Für einen Euratom-Austritt z.B. haben alle Landtage Österreichs gestimmt, ebenso hunderte Gemeinden. Und was geschieht? Nichts! Die Landespolitik – wenn sie sich des Themas überhaupt offensiv annimmt – redet sich auf Wien aus, dass dort nichts geschieht. Ebenso die Gemeinden, dass es ja Landtagsbeschlüsse gibt, usw. Und AtomgegnerInnengruppen, besonders jene, die aus Steuermitteln gefördert sind, dürfen dann landauf, landab Unterschriften sammeln und brav protestieren, Greenpeace oder Global brav den Faymann-Spindellegger-Berlakovich'schen Atomstromimport-Stopp als Erfolg der Atom=

gegnerInnen verkaufen – solange sie der Politik als Handlanger der Atomlobby und Konzerninteressen nicht ins Gehege kommen.

Aber wie wäre es, wenn man all die Landtags- und Gemeindebeschlüsse ernst nimmt, sich auf die Bevölkerung stützt, die Verantwortlichen, die vor den WählerInnen gut dastehen wollen, zum Offenbarungseid zwingen würde. Wie? Indem man, wenn eh' die Landes- und Gemeindepolitik für einen Ausstieg aus z.B. Euratom ist, die Vertreter dazu auffordert und motiviert, gemeinsam mit der von ihr vertretenen Bevölkerung in Wien auf die Regierung Druck auszuüben, die Beschlüsse der 9 Bundesländer und der Gemeinden für den Euratom-Austritt endlich umzusetzen. Ein

massiver und gemeinsamer Protest ist möglich und notwendig, keine untertänige Vorsprache von Beamtendelegationen! Im Ernstfall könnten ja Länder und Gemeinden bei den bald anstehenden nächsten Finanzausgleichsverhandlungen gestützt auf ihre Beschlüsse diesbezügliche Zahlungen an den Bund einstellen.

Das wäre gelebter Föderalismus, der sonst nur Sonntagsreden verziert.

Wir müssen wachsam sein!

Verhindern wir in Österreich ein Voranschreiten der Atomlobby, ist das gleichzeitig der beste Beitrag im Kampf gegen die tödlichen Machenschaften der internationalen Atomlobby!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

*Mit kollegialen Grüßen,
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.



Wir wünschen all unseren LeserInnen, SympathisantInnen und MitstreiterInnen ein frohes Fest und ein erfolgreiches Neues Jahr für unsere gemeinsame Sache